

„Nicht mit dem Rasenmäher“

Forderungen des Katholikenausschusses zur Haushaltslage

Politik und Verwaltung sollen Einsparungen nicht nach dem „Rasenmäher-Prinzip“ vornehmen, sondern einen angfristigen Konsolidierungsplan vorlegen, die Bürokratie abbauen, mehr Aufgaben an freie Träger übertragen und bei den Kürzungen öffentliche wie freie Träger gleich behandeln. Das sind, kurz gesagt, die Forderungen des Katholikenausschusses angesichts der katastrophalen Haushaltssituation. Nachdem der Haushalt immer noch

nicht verabschiedet sei, würden die freien Träger und Wohlfahrtsverbände mit diffusen Abschlagszahlungen vertriebt, kritisierte Ausschussvorsitzende Hannelore Bartscherer. „Es muss aber eine verlässliche, planbare Situation für sie geben.“

Wolfgang Scheiblich, Leiter des Themenkreises Soziales und Arbeit, beklagte, dass in den Haushaltsplanberatungen keine öffentliche Prioritäten Diskussion geführt werde. Tausende Menschen hätten

sich am Bürgerhaushalt beteiligt, ihre Anregungen würden aber bislang nicht umgesetzt. „Das ist Scheindemokratie.“

Nach Ansicht des Vize-Ausschussvorsitzenden Peter Krücker könnte die Stadt allein durch Bürokratieabbau rund zehn Prozent der Kosten reduzieren. Der OB solle dafür eine entsprechende Task-Force einsetzen.

Eine Wiederbelebung des Subsidiaritätsprinzips – Vorrang für freie Träger und Initiativen – brächte der Stadt

laut Scheiblich über 60 Millionen Euro an Einsparungen. Ein Beispiel: Die 18 600 Kitaplätze der freien Träger seien, unter anderem wegen der Landesförderung, um 47 Millionen Euro im Jahr billiger als 16 600 städtischen Plätze.

Sollten die freien Träger wie vorgesehen 2010 und 2011 Kürzungen in Höhe von acht Prozent verkraften müssen, wird es nach Worten von Krücker voraussichtlich zu einem Personalabbau von etwa zehn Prozent kommen. (KE)